

Ä1 Klares Bekenntnis für ein freies Palästina

Antragsteller*in: Stina Reichardt (KV Bremen-Mitte)

Titel

Ändern in:

Kein Frieden durch Krieg - Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina!

Änderungsantrag zu A14

Als GRÜNE JUGEND wollen wir internationale Konflikte nicht nur als Machtpolitik einzelner Staaten verstehen, sondern die Verantwortung für Menschenrechte, internationale Solidarität und die Verteidigung des Völkerrechts hochhalten. Gerade in Zeiten globaler Krisen, autoritärer Verschiebungen und zunehmender Militarisierung braucht es eine internationalistische Politik, die Sicherheit universell denkt und die notwendigen Voraussetzungen dafür schafft, dass alle Menschen in friedlichen, freiheitlichen und gerechten Verhältnissen leben können.

Im Israel-Palästina-Konflikt bedeutet das für uns die Sicherheit, das Recht auf Selbstbestimmung und den Schutz vor Terror, Krieg und Vertreibung für alle Menschen - unabhängig von ihrer Religion, Herkunft oder Ethnie. Außenpolitik muss historische und gegenwärtige Ungleichheiten mitdenken, um sie nicht zu reproduzieren, sondern bekämpfen zu können und ein staatliches Selbstbestimmungsrecht, das z.B. die Schaffung zweier Staaten Israel und Palästina, zum Ziel haben.

Gerade hier wird deutlich, dass Außenpolitik nicht losgelöst von den bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet werden kann.

Internationale Politik ist eng mit globalen Macht- und Eigentumsstrukturen verbunden, die bis heute von imperialistischen Kontinuitäten geprägt sind. Wirtschaftliche, politische und militärische Macht konzentrieren sich dabei vor allem in den kapitalistischen Zentren, insbesondere im Globalen Norden, während die sozialen und humanitären Folgen von Krieg, Destabilisierung und Ausbeutung häufig auf die kapitalistische Peripherie, also z.B. Länder des globalen Südens, abgewälzt werden.

Die Interessen von Staaten und großen Unternehmen, insbesondere der Rüstungs-, Energie- und Rohstoffindustrie, sind dabei oftmals eng miteinander verflochten.

Militarisierung, Aufrüstung und staatliche Gewalt dienen nicht selten der Absicherung geopolitischer Einflusszonen, wirtschaftlicher Interessen und bestehender Eigentumsverhältnisse. Kriege entstehen daher nicht ausschließlich aus

sicherheitspolitischen Konflikten, sondern stehen vielfach auch im Zusammenhang mit globalen Konkurrenzverhältnissen, strategischen Ressourcen und ökonomischer Macht. Die Folgen dieser Politik zeigen sich weltweit in Form von Tod, Vertreibung, Armut und gesellschaftlicher Zerstörung, während gleichzeitig enorme Profite mit Krieg und Aufrüstung erzielt werden. Eine internationalistische Politik muss diese strukturellen Zusammenhänge sichtbar machen und sich gegen eine Logik stellen, die Profit über menschliches Leben stellt. Solange sich mit Krieg wirtschaftlich bereichert wird und Aufrüstung als Mittel politischer und ökonomischer Einflussnahme funktioniert, fehlt häufig der tatsächliche Anreiz, Konflikte nachhaltig zu beenden.

Dieser Antrag versteht sich als Weiterführung der Beschlusslage des Sommerländerrats 2025 der GRÜNEN JUGEND und entwickelt diese Positionen inhaltlich weiter. Dabei knüpfen wir an bestehende Grundsatzbeschlüsse an (s. dazu u.a. A-6 Zivilgesellschaft in Israel und Palästina schützen - Gerechten Frieden schaffen (1. Länderrat 2025); L1 Eine Welt in Unordnung - außenpolitische Eckpfeiler in einer Welt voller Kriege (1.

Länderrat 2024); V-4 Überall Krieg, nirgendwo Schutz (2. Länderrat 2024) und führen diese im Lichte der aktuellen Entwicklungen fort.

Zu einer gerechten und progressiven Politik gehört für uns außerdem, bestehende Machtverhältnisse und kolonialistische Kontinuitäten auch sprachlich zu reflektieren. Sprache ist niemals neutral, sondern prägt die Wirklichkeit und unsere Wahrnehmung von ihr.

Der Begriff „Naher Osten“ ist kein neutraler geographischer Begriff, sondern Ausdruck eines eurozentristischen und kolonialistisch geprägten Weltbilds. Dass eine Region als „nah“ bezeichnet wird, ergibt sich allein aus der Perspektive Westeuropas, das sich historisch selbst zum Bezugspunkt der Welt gemacht hat. Andere Regionen werden dadurch nicht aus ihrer eigenen Realität heraus benannt, sondern in Relation zu Europa eingeordnet.

Als GRÜNE JUGEND verwenden wir den Begriff „Nahost“ deshalb nicht. Stattdessen sprechen wir von „Westasien“ oder benennen die betroffenen Orte und Gebiete konkret: Westjordanland, Israel, Gaza, Palästina, Iran, Jemen und den Libanon. Damit wollen wir eine präzisere, entkolonialisierte und weniger eurozentristische Sprache verwenden. Diese sprachliche Konkretisierung soll sich auch in unserer konkreten politischen Praxis wiederfinden, indem wir den Konflikt in Westasien, im Gebiet Palästina und Israel auch als koloniale Gewalt begreifen.

Der Krieg in Gaza und die Besatzung von Land durch Israel, der Terror der Hamas, die Eskalation von Gewalt sowie die zunehmende Polarisierung der Debatte stellen auch uns als politische Jugendorganisation vor Herausforderungen. Wir erleben, wie Debatten verrohen, wie Menschen gegeneinander ausgespielt werden und wie Antisemitismus, antimuslimischer, palästinensischer, arabischer Rassismus und autoritäre Narrative wieder lauter werden. Gerade deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe, politische Räume zu schaffen, die sich gegen jegliche Form der Entmenschlichung stellen, universelle Menschenrechte verteidigen und Menschenrechtsverbrechen klar verurteilen, unabhängig davon, wo sie passieren oder wer sie begeht.

Für uns bedeutet internationale Solidarität, Leid nicht gegeneinander auszuspielen. Weder dürfen antisemitische Gewalt und die Traumata von Juden*Jüdinnen relativiert werden, noch darf das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung, das durch die menschenrechtswidrige Politik der israelischen Regierung, die Fatah-Herrschaft, aber auch durch die Terrorherrschaft der Hamas, entstanden ist unsichtbar gemacht werden. Eine linke Haltung zeigt sich gerade darin, Widersprüche auszuhalten, klare Haltung gegen Terror und Menschenrechtsverletzungen einzunehmen und dennoch an den Prinzipien von Menschenwürde, Völkerrecht und gleicher Freiheit für alle festzuhalten.

Als GRÜNE JUGEND wollen wir zu einer internationalistischen Politik beitragen, die auf Diplomatie, zivile Konfliktlösung, globale Gerechtigkeit und starke internationale Institutionen setzt.

Frieden entsteht nicht durch uneingeschränkte Militarisierung, Besatzung oder autoritäre Gewalt, sondern durch gleiche Rechte, partizipative Teilhabe, soziale Sicherheit und die konsequente Durchsetzung der internationalen Rechtsstaatlichkeit. Dazu gehören eine internationale Ordnung, die auf gemeinsamem Recht statt auf Machtpolitik basiert, ebenso wie internationale Gerichte und Institutionen, die Kriegsverbrechen, Vertreibung und Verstöße gegen Menschenrechte verfolgen und ahnden. Unser Internationalismus bedeutet deshalb, solidarisch an der Seite all jener zu stehen, die trotz Krieg, Terror und Repression für Frieden und Menschenrechte kämpfen. Eine gerechte internationale Ordnung kann nur bestehen, wenn universelle Rechte nicht selektiv angewandt werden, sondern für alle Menschen gleichermaßen gelten, unabhängig von geopolitischen oder wirtschaftlichen Interessen. Dabei orientieren wir uns auch an den vielen Friedensbewegungen und

zivilgesellschaftlichen Initiativen weltweit, die sich vor Ort gegen Gewalt, Hass und Unterdrückung einsetzen. Denn nachhaltiger Frieden kann nur entstehen, wenn gerade die Stimmen der Leidtragenden gehört werden.

Für uns bedeutet eine feministische Außenpolitik deshalb, Sicherheit nicht allein militärisch zu definieren, sondern die Lebensrealitäten der Menschen und gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt und Unsicherheit in den Mittelpunkt zu stellen. Krieg, Aufrüstung und autoritäre Politik verschärfen bestehende Ungleichheiten und treffen insbesondere FLINTA*-Personen (also Frauen, Lesben, Inter, Nichtbinäre, Trans und Agender Personen), queere Personen und marginalisierte Gruppen überproportional stark. Feministische Außenpolitik setzt deshalb auf Prävention, zivile Konfliktlösung, internationale Solidarität und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Als Nation der Täter*innen des Nationalsozialismus hat Deutschland eine besondere Verantwortung gegenüber Jüdinnen*Juden, für den Schutz jüdischen Lebens sowie die Anerkennung der Verbrechen an allen Opfergruppen. Dazu zählt die kontinuierliche Aufarbeitung in sämtlichen Gemeinden, Instituten, Firmen und staatlichen Strukturen durch Forschung und gesellschaftliches Engagement, aber auch Reparationszahlungen an die Hinterbliebenen der Opferfamilien, Unterstützung bei der Suche nach ihrer Familiengeschichte und die Instandhaltung und Schaffung von Gedenk- und Mahnorten, die heutige wie kommende Generationen als Austausch- und Lernort über den deutschen Nationalsozialismus begleiten. Zugleich folgt aus der Shoa eine besondere Verantwortung für die Wahrung der universellen Menschenrechte, die als direkte Konsequenz aus den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert wurden und durch das Völkerrecht geschützt werden sollen. Diese Verantwortung gilt gegenüber allen Menschen und allen Konflikten gleichermaßen und rechtfertigt niemals besondere moralische Härte oder Sonderaufmerksamkeit gegenüber Israel.

Wir bekennen uns zur Souveränität, zum Selbstbestimmungsrecht und zum Selbstverteidigungsrecht des israelischen Staates. Das Selbstverteidigungsrecht und das Selbstbestimmungsrecht müssen jedoch stets im Einklang mit dem Völkerrecht ausgeübt werden. Im politischen Diskurs wird häufig von einem „Existenzrecht“ Israels gesprochen, auch wenn dieser Begriff im Völkerrecht keine formale Grundlage hat. Er drückt aus, dass Israel als einziger jüdischer Schutzraum das Recht hat zu existieren und dass diese Existenz nicht in Frage gestellt werden darf, geschweige denn verhandelbar ist.

Dass Israel seit seiner Gründung immer wieder mit dem Ziel seiner Vernichtung angegriffen wurde und wird, macht deutlich, dass das sogenannte „Existenzrecht“ keine politische Floskel ist. Kein anderer Staat wird in vergleichbarer Weise mit der systematischen Aberkennung seines Daseinsrechts konfrontiert. Dahinter steckt letztlich die Frage des Selbstbestimmungsrechts: Dieses gilt uneingeschränkt für alle Völker – für Israel wie für die Palästinenser*innen. Beide Rechte stehen nicht im Widerspruch zueinander, und wir bekennen uns zu beiden.

Frieden kann nicht über die Köpfe der Beteiligten hinweg beschlossen werden. Nur eine politische Lösung, die Sicherheit, gleiche Rechte und partizipative Perspektiven für alle Menschen in der Region garantiert, kann langfristig zu einem gerechten Frieden führen. Partizipative Perspektiven entstehen nicht von selbst. Sie setzen für Palästina ein Ende der Gewalt auf beiden Seiten, einen dauerhaften Waffenstillstand, den Schutz der Zivilbevölkerung, die Wiederherstellung grundlegender ziviler Infrastruktur und ein Ende der Terrorherrschaft der Hamas voraus.

CN/TW: Explizite Beschreibung von Krieg, Terror, sexualisierter und tödlicher Gewalt
Der 7. Oktober und historische Dimensionen des Konflikts

Am 7. Oktober 2023 verübte die islamistische Terrororganisation Hamas mit anderen bewaffneten Gruppierungen an einem Schabbat ein Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung. Rund 1.200 Menschen wurden getötet und über 250 Personen in den Gazastreifen verschleppt. Ziel waren unter anderem mehr als zwanzig Kibbuzim, das Supernova-Musikfestival sowie die Städte Sderot und Ofakim.

Die an diesem Tag begangenen Verbrechen waren das schwerste Verbrechen an Jüdinnen*Juden seit der Shoah und von extremer Grausamkeit geprägt: Menschen wurden gefoltert, zahlreiche Personen verschleppt, Frauen und queere Menschen vergewaltigt und Eltern vor den Augen ihrer Kinder ermordet. Dieses Ausmaß an Gewalt hat tiefe Traumata hinterlassen und Menschen in Israel wie weltweit, insbesondere Jüdinnen*Juden, schwer erschüttert. Der Angriff hat das Versprechen des Staates Israel von Schutz und Sicherheit für alle Jüdinnen*Juden nach Jahrhunderten der Verfolgung und Ausgrenzung massiv infrage gestellt. Unsere Solidarität gilt den Opfern und ihren Angehörigen. Wir gedenken dieses Tages in tiefer Anteilnahme und im Bewusstsein des bis heute andauernden Leids.

Die Folgen des 7. Oktobers beschränken sich nicht nur auf den Tag des Angriffs selbst. Auch in den darauffolgenden Monaten und Jahren waren und sind Jüdinnen*Juden und Israelis wiederholt Angriffen ausgesetzt, mussten Schutzräume aufsuchen und lebten vielerorts unter den fortdauernden Bedrohungen durch Raketen- und Drohnenangriffe.

Unmittelbar nach dem Terrorangriff begann der Krieg durch die israelische Regierung im Gazastreifen, der zur gezielten Ermordung der palästinensischen Bevölkerung und schweren humanitären Katastrophen geführt hat und noch immer führt. Ausmaß und Vorgehen werden vielfach als unverhältnismäßig und völkerrechtswidrig bewertet. Ende Januar 2026 bestätigte Israel offiziell, dass 70.000 Menschen ermordet wurden. Eine Studie des Max-Planck-Instituts geht von über 100.000 Opfern aus. Viele Todesopfer wurden aufgrund von hohen Dunkelziffern nicht erfasst. 1 Zu den Menschenrechtsverletzungen zählen gezielte Angriffe auf zivile Infrastruktur, weitreichende Bombardierungen dicht besiedelter Gebiete, die Ausübung sexualisierter Gewalt, herabwürdigende und gewaltvolle Behandlung Gefangener unter anderem durch Folter, den Einsatz palästinensischer Gefangener für militärische Zwecke, sowie die massive Einschränkung der humanitären Versorgung, die wesentlich zur humanitären Katastrophe in Gaza beitragen. Unabhängig von der Gewalt des 7. Oktobers lässt sich das Leid durch diesen Krieg nicht rechtfertigen. Hinzu kommen hunderttausende Verletzte sowie die weitgehende Zerstörung ganzer Städte. Seit dem 7. Oktober 2023 wurden laut Zahlen der UN rund 90 Prozent der Bewohner*innen von Gaza vertrieben. Das entspricht rund zwei Millionen Menschen.2 Humanitäre Helfer*innen und Journalist*innen werden in ihrer Arbeit aktiv und absichtlich gefährdet und teilweise gezielt getötet. Eine ganze Generation ist in ihrer Existenz und Zukunftsperspektive massiv betroffen.

Das Leid der Zivilbevölkerung in Gaza ist unermesslich und betrifft auch viele Menschen in Deutschland unmittelbar, die familiäre Verbindungen in die Region haben. Ihre Trauer, ihre Angst und ihre Verzweiflung müssen gehört und ernst genommen werden. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt den Opfern in Gaza, in der Westbank sowie allen Menschen, die von Gewalt, Verlust und Unsicherheit betroffen sind.

Gleichzeitig trägt auch die Herrschaft der islamistischen Terrororganisation Hamas, deren Ideologie autoritär, fundamentalistisch und antisemitisch ist, durch Gewalt, Repression und Missbrauch ziviler Strukturen maßgeblich zur Eskalation und zum anhaltenden Leid bei. Dazu zählen der fortgesetzte Raketenbeschuss sowie die Hinrichtung von Palästinenser*innen, denen Zusammenarbeit mit Israel vorgeworfen wird. Auch die Behandlung der verschleppten israelischen Geiseln, einschließlich

Folter, Aushungerung und sexualisierter Gewalt, stellt schwerste Menschenrechtsverletzungen dar. Auch die gezielte Gefährdung von palästinensischen Zivilist*innen und medizinischer Infrastruktur demonstriert die Missachtung der Hamas gegenüber Menschenleben. Der Missbrauch ziviler Infrastruktur für militärische Zwecke stellt ein Kriegsverbrechen dar. Diese Taten verurteilen wir unmissverständlich. Der Israel-Palästina-Konflikt lässt sich weder auf aktuelle Ereignisse noch auf die Staatsgründung Israels im Jahr 1948 reduzieren. Seine historischen Wurzeln reichen bis in das 19. Jahrhundert und in Teilen noch weiter zurück. Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert entwickelten sich im Kontext des Osmanischen Reiches und der zunehmenden politischen Umbrüche in der Region unter den arabischen Bewohner*innen Palästinas politische Identitäten und nationale Bewegungen, aus denen sich insbesondere während der britischen Mandatszeit ein eigenständiges palästinensisches Nationalbewusstsein herausbildete³, welches unterschiedliche Strömungen, von demokratischen bis fundamentalistischen umfasst.

Während des britischen Mandats über Palästina (1920–1948) verschärften sich die Spannungen zwischen der jüdischen und der arabisch-palästinensischen Bevölkerung zunehmend. Die britische Mandatsmacht trug hierzu durch widersprüchliche politische Zusagen und koloniale Herrschaftspraktiken wesentlich bei. So standen Versprechen an die palästinensische Bevölkerung auf politische Selbstbestimmung neben der Unterstützung einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ im Rahmen der Balfour-Deklaration. Anstatt einen gerechten Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Ansprüchen zu schaffen, vertiefte die britische Politik bestehende Konfliktlinien und legte damit einen Grundstein für die spätere Eskalation des Konflikts.

Der politische Zionismus, also die Bewegung für einen eigenen, jüdischen Staat, entwickelte sich zum Ende des 19. Jahrhunderts vor dem Hintergrund jahrhundertelanger antisemitischer Verfolgung, Ausgrenzung und Gewalt gegen Jüdinnen*Juden in Europa und anderen Teilen der Welt. Für viele war die Forderung nach einem eigenen Staat Ausdruck des Wunsches nach Sicherheit, Schutz und politischer Selbstbestimmung. Die historischen Erfahrungen von Verfolgung, Ausgrenzung und Gewalt fanden ihren grausamsten Höhepunkt in der Shoah, der systematischen Vernichtung von über sechs Millionen Jüdinnen*Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Mittäter*innen. Als das größte Menschheitsverbrechen der Geschichte prägt die Shoah bis heute das kollektive Gedächtnis vieler Jüdinnen*Juden sowie die Bedeutung Israels als Schutzraum und Ort jüdischer Selbstbestimmung.

Zugleich gerät häufig in Vergessenheit, dass in den Jahrzehnten nach der Staatsgründung Israels rund 850.000 Jüdinnen*Juden aus arabischen Staaten vertrieben wurden oder infolge von Verfolgung, Diskriminierung und Entrechtung ihre Heimat verlassen mussten, in denen teilweise seit Jahrhunderten oder Jahrtausenden jüdische Gemeinschaften bestanden hatten.⁴

Gleichzeitig ist die Geschichte der Region und des daraus hervorgegangenen Konflikts eng mit massiven Verbrechen und tiefgreifenden Ungerechtigkeiten gegenüber der palästinensischen Bevölkerung verbunden. Von der Nakba („Katastrophe“) in den Jahren 1947 bis 1949 waren rund 700.000 arabisch-palästinensische Menschen durch Flucht, Vertreibung und Entrechtung unmittelbar betroffen. Zahlreiche Dörfer und Gemeinden wurden zerstört oder entvölkert, Eigentum wurde enteignet und vielen Betroffenen sowie ihren Nachkommen die Rückkehr dauerhaft verwehrt. Die Nakba bedeutete darüber hinaus eine tiefgreifende Zäsur, die auch die soziale Struktur, kulturelle Kontinuität und kollektive Identität der palästinensischen Gesellschaft nachhaltig erschütterte.

Eine historisch fundierte Betrachtung des Konflikts muss beide Erfahrungen anerkennen. Die Erinnerung an die Shoah und die Anerkennung des Existenzrecht Israels

stehen nicht im Widerspruch zur Anerkennung der Nakba⁵ und des historischen Leids der Palästinenser*innen. Ebenso darf die Erinnerung an die Nakba nicht die beispiellosen Verbrechen der Shoah relativieren. Beide historischen Erfahrungen sind Teil der Geschichte des Konflikts und müssen gemeinsam betrachtet werden, um die Gegenwart zu verstehen und Perspektiven für eine gerechte Zukunft zu entwickeln.

Zionismus muss als historische und politische Bewegung differenziert betrachtet werden. Er entstand als Reaktion auf Antisemitismus und Verfolgung und ist und war für viele Jüdinnen*Juden eng mit der Idee jüdischer Selbstbestimmung verbunden. Gleichzeitig umfasst er unterschiedliche politische Strömungen, die von pluralistisch-demokratischen Ansätzen bis hin zu ethnonationalistischen Ausprägungen, reichen. Diese ethnonationalistischen und unterdrückenden Strömungen des Zionismus lehnen wir wie jede Form des Nationalismus ab. Eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Zionismus berücksichtigt diese Vielfalt und unterscheidet klar zwischen legitimer Kritik an politischen Entwicklungen und antisemitischen Deutungsmustern, die die Existenz Israels in Frage stellen und die wir in unserem Verband nicht dulden.

Kein Platz für Antisemitismus und Rassismus

Seit dem 7. Oktober 2023 ist weltweit ein deutlicher Anstieg antisemitischer Gewalt zu verzeichnen. Antisemitische Straftaten haben in vielen Ländern stark zugenommen, wie jüngst die Anschlagsserie auf Synagogen und jüdische Einrichtungen weltweit - in Kanada, Norwegen, den Niederlanden, Belgien, Australien und den USA. Ob Schüsse, Amokfahrt oder Sprengstoffanschläge, Jüdinnen*Juden werden terrorisiert und bedroht. Auch in Deutschland sind antisemitische Vorfälle und Straftaten seitdem massiv angestiegen, jüdische Studierende müssen sich an Universitäten Sorgen über ihre Sicherheit machen und israelische Künstler*innen wurden aufgrund ihrer jüdischen Ethnie von Veranstaltungen ausgeschlossen. 6 Der Schutz jüdischen Lebens ist eine dauerhafte Verpflichtung, insbesondere für die Nachfahren der Shoah-Täter*innen. Wir treten jeder Form von Antisemitismus entschieden entgegen, unabhängig davon, ob er von rechts, links, religiös-fundamentalistischen Strömungen oder aus der sogenannten "gesellschaftlichen Mitte" kommt. Jüdinnen*Juden müssen überall sicher leben können. Gleichzeitig ist auch eine Zunahme pauschaler Abwertung und Diskriminierung gegenüber Menschen mit arabischem oder muslimischem Hintergrund zu beobachten, begleitet von antimuslimischem, anti-palästinensischem und antiarabischem Rassismus sowie Islamfeindlichkeit. 7 Wir beobachten auch diese Entwicklungen mit Sorge und treten ihnen entschieden entgegen. Das bedeutet für uns auch, dass Demonstrationen gegen das Handeln der israelischen Regierung nicht unter Pauschalverdacht gestellt werden dürfen und wir die massive Polizeigewalt gegen Demonstrant*innen nicht hinnehmen können. Unsere Solidarität gilt den betroffenen Aktivist*innen, die sich gegen die Politik der israelischen Regierung einsetzen und die Unterstützung der Völkerrechtsverbrechen an den Palästinenser*innen beenden wollen, zum Beispiel durch einen Stopp von Waffenlieferungen. Die Demonstrationsverbote, unverhältnismäßige Kontrollen, Verbote, in einer anderen Sprache als Deutsch zu demonstrieren und körperliche Übergriffe gegenüber Demonstrierenden und Aktivist*innen tragen zu einer gezielten Einschüchterung und Unterdrückung palästinastolidarischer Stimmen bei. Diese Repressionen treffen häufig bereits marginalisierte Menschen und Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Das politische Schweigen und die pauschalisierende Verschmähung palästinastolidarischer Stimmen verschärfen bereits bestehende Machtasymmetrien und können migrantisierten Menschen ihrer Individualität und ihrer politischen Selbstbestimmung entziehen. Es ist zu beobachten, dass Behörden mit unter eigenständig Konsequenzen zur Unterdrückung von Palästinastolidarität gezogen haben, die sich als rechtswidrig herausstellten. Wir verurteilen diese scharf und solidarisieren uns mit den Betroffenen 14.

Der Europarat hat Deutschland in diesem Zusammenhang wegen möglicher Einschränkungen der Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie Berichten über unverhältnismäßige Polizeigewalt bei pro-palästinensischen Demonstrationen kritisiert.

Sicherheit und Schutz müssen für alle Menschen gleichermaßen gelten, für Jüdinnen*Juden und Israelis, ebenso wie für Muslim*innen und Menschen mit arabischer Herkunft. Der Kampf gegen jede Form von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die konsequent gestärkt werden muss.

Gleichzeitig wenden wir uns gegen jede Instrumentalisierung dieses Konflikts für Hass, Hetze oder Einschränkungen demokratischer Grundrechte und setzen uns für offene, geschützte und solidarische Diskursräume ein.

Auch in der GRÜNEN JUGEND gibt es rassistische und antisemitische Denkmuster und strukturelle Hürden, denen wir den Kampf ansagen. Diskriminierung soll in unserem Verband keinen Platz haben. Wir wollen eine GRÜNE JUGEND sein, in der sich alle wohlfühlen. Dafür brauchen wir mehr kritische Reflexion und Bildungsarbeit. Diese umfasst die Geschichte und die Hintergründe der Konflikte in der Region sowie die fundierte Differenzierung und Einordnung politischer Begriffe und Diskurse. Das muss in einem für alle sicheren Rahmen stattfinden, der Widersprüche und verschiedene Perspektiven aushält.

Überregionaler Konflikt in Westasien

Im weiteren regionalen Kontext des Konflikts ist die Lage in Westasien von einer Vielzahl miteinander verflochtener Eskalationen und Konflikten geprägt. Dabei spielen staatliche und nicht staatliche Akteure wie das iranische Regime, die Hisbollah im Libanon, die Huthi-Miliz im Jemen sowie weitere bewaffnete Gruppen eine zentrale Rolle. Sie sind in unterschiedliche regionale Konfliktstrukturen eingebunden, tragen zur fortdauernden Instabilität bei und bedrohen immer wieder gezielt die Sicherheit Israels sowie die Zivilbevölkerung in der gesamten Region. Das werden wir niemals akzeptieren. Die Hisbollah, die Huthi-Miliz und das iranische Regime tragen wesentlich zur Destabilisierung der Region bei. Die Hisbollah und die Huthis verschärfen durch bewaffnete Angriffe und Menschenrechtsverletzungen bestehende Konflikte, während das iranische Regime sie unterstützt und zugleich durch massive Repression im Inneren, besonders gegen FLINTA*, Zivilgesellschaft und marginalisierte Gruppen, sowie eine eskalierende Außenpolitik zur regionalen Unsicherheit beiträgt. Gleichzeitig ist auch das militärische Vorgehen Israels in der Region klar zu kritisieren. Zwar besteht im Falle eines bewaffneten Angriffs ein Recht auf Selbstverteidigung, dieses ist jedoch völkerrechtlich begrenzt und bindet alle militärischen Akteure an die Grundsätze von Verhältnismäßigkeit und Schutz der Zivilbevölkerung. Vor diesem Hintergrund kritisieren wir insbesondere die trotz der bestehenden Waffenruhe fortgesetzten militärischen Operationen im Libanon sowie in angrenzenden Grenzregionen massiv. Sie führen zu großflächiger Zerstörung ziviler Infrastruktur, zahlreichen zivilen Opfern und einer weiteren Eskalation einer ohnehin katastrophalen humanitären Lage.

In der gesamten Region, insbesondere im Libanon, in Gaza, in Syrien, im Jemen sowie in weiteren

Konfliktgebieten, ist die Zivilbevölkerung dauerhaft von Vertreibung, Zerstörung, Hunger, Repression und dem Zusammenbruch grundlegender Versorgungssysteme betroffen. Fluchtbewegungen in Westasien lassen sich dabei nicht auf einzelne Kriege oder einzelne Verantwortliche reduzieren. Menschen fliehen vor Bombardierungen, Besatzung, staatlicher Repression, Milizenherrschaft, ökonomischem Zusammenbruch, Hunger, Verfolgung, patriarchaler Gewalt und der Zerstörung ziviler Infrastruktur. Diese Zustände sind nicht bloß Begleiterscheinungen der Konflikte, sondern direkte Folge fortgesetzter militärischer Eskalation, autoritärer Gewalt, internationaler

Machtpolitik und der Missachtung zentraler völkerrechtlicher Schutzpflichten.

Mit größter Sorge beobachten wir, dass Israel zunehmend und immer wieder den Libanon angreift, nachdem die Hisbollah sich am 08.10.2023 dem die Vernichtung beabsichtigenden Angriff der Hamas auf Israel angeschlossen hat.

Die israelische Bodenoperation in den Südlibanon, die am 1. Oktober 2024 als „Operation Northern Arrows“ begann, sowie die seit dem Waffenstillstand vom 27. November 2024 fortgesetzte israelische Militärpräsenz auf fünf strategischen Höhen im Südlibanon und die anhaltenden Luftschläge auch nach der „Phase II“ Eskalation Anfang 2026 weist das Vorgehen der israelischen Armee im Libanon die gleichen Methoden auf wie in Gaza. Es wird gezielt Infrastruktur zerstört: Brücken, Wasseranlagen & Stromnetze. Berichte zeigen, dass die israelische Armee Glyphosat in hohen Konzentrationen versprüht. Das Land bis zum Fluss Litani soll „kontrolliert“ werden, was die de facto völkerrechtswidrige Besatzung des Gebietes bedeutet. Aktuell hält die Armee rund 4.000 km² südlibanesischen Territoriums besetzt. Trotz verkündeter Waffenruhe halten die Kämpfe im Süden des Libanons an. Eine Entwaffnung der islamistischen Terrororganisation Hisbollah kann nur erfolgen, wenn der Libanon die vollständige Kontrolle über sein Staatsgebiet besitzt. Die illegale Bodeninvasion Israels im Libanon verhindert einen gerechten Frieden und destabilisiert die Region weiter.

Waffenruhen wurden in der Vergangenheit sowohl von Israel als auch von Milizen im Libanon, wie der Hisbollah, gebrochen. Auch im Libanon droht eine humanitäre Katastrophe. Ein Großteil der Zivilbevölkerung ist derweil auf der Flucht und den Angriffen schutzlos ausgeliefert.

Seit Anfang des Jahres hat sich der regionale Konflikt in Westasien durch die Eskalation zwischen Iran, Israel und den USA nochmals deutlich verschärft. Nach den militärischen Angriffen und Gegenangriffen Anfang 2026, die die Region zeitweise an den Rand eines umfassenden Krieges geführt haben, ist es zwar inzwischen zu mehreren Waffenruhe- und Verhandlungsinitiativen gekommen, eine stabile Friedensordnung ist jedoch weiterhin nicht in Sicht.

Besonders deutlich zeigt sich die humanitäre Dimension des Konflikts in der Region an der Situation der Zivilbevölkerung. Diese leidet bereits seit Jahrzehnten unter massiver Repression durch das iranische Regime: Die iranische Gesundheitsbehörde schätzt selbst, dass allein Anfang Januar 2026 bis zu 30.000 Demonstrierende durch die Schergen des Regimes ermordet wurden. Die Bevölkerung ist nun zusätzlich von den Folgen militärischer Eskalationen und gegenseitiger Angriffe, auch hier wiederholt auf zivile Infrastruktur, betroffen. Die anhaltenden Spannungen zwischen Iran, Israel und den USA verschärfen die Lage weiter und erhöhen das Risiko weiterer Eskalationsschritte mit direkten Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung.

Doch nicht nur Akteure in der unmittelbaren Region, sondern auch internationale Mächte müssen klar benannt werden. Russland hat durch die militärische Unterstützung des Assad-Regimes, durch Blockaden internationaler Verantwortung und durch die strategische Annäherung an das iranische Regime autoritäre Gewaltverhältnisse in der Region stabilisiert. Auch westliche Staaten, allen voran die USA, tragen Verantwortung: Militärische Interventionen, Waffenlieferungen, Regime-Change-Politik, selektive Menschenrechtspolitik und die Unterstützung autoritärer Bündnispartner haben in Westasien vielfach neue Gewalt, Abhängigkeiten, Unsicherheit und Fluchtbewegungen hervorgebracht. Ein gerechter Frieden braucht internationale Verantwortung und ein für alle gleichermaßen geltendes Völkerrecht.

Die USA müssen der Verantwortung als einflussreicher Partner Israels nachkommen. Wir sehen, wie US-Präsident Donald Trump, unter anderem mit seinem „Trump-Plan“, ökonomische und politische Interessen der Überreichen vertritt und Profite über

Menschenleben stellt. Ein gerechter Frieden entsteht nicht durch egoistische Pläne von Milliardären, sondern wenn viele Staaten, mit dem Ziel eines freien palästinensischen Staates, Verantwortung übernehmen und eine palästinensische Selbstbestimmung ermöglichen.

Auch die aktuellen Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran über ein mögliches "Friedensabkommen" sind in diesem Kontext kritisch einzuordnen. Es handelt sich dabei nicht um einen Friedensprozess, sondern um Verhandlungen zwischen Staaten, die in erster Linie geopolitische und wirtschaftliche Interessen verfolgen. Im Zentrum steht dabei nicht die nachhaltige Verbesserung der Lebensrealität der Zivilbevölkerung, sondern eine Stabilisierung der bestehenden Machtverhältnisse.

Ein solches Abkommen ist kein diplomatischer Erfolg, sondern ein Versagen, das Menschenrechte mit Füßen tritt. Weder stehen die Rechte der Zivilist*innen und die Freilassung politischer Gefangener im Fokus, noch beendet es die Hinrichtungswelle und Repression gegenüber der iranischen Zivilbevölkerung.

Während die deutsche Bundesregierung, aber auch Vertreter*innen europäischer Partnerländer, Donald Trump für sein Engagement in den Regionen loben, sehen wir, dass diese Vorhaben die Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung nicht verbessern werden und bezweifeln stark, dass mit diesen Plänen ein eigenständiger palästinensischer Staat aufgebaut werden kann. Wir appellieren an die deutsche Bundesregierung, ihrer Verantwortung nachzukommen, in einer Art, die ihren Namen verdient, und sich nicht von dem machtpolitischen Schauspiel blenden zu lassen. In der internationalen, diplomatischen Arbeit der Bundesregierung muss das klare Bekenntnis zur Stärkung der internationalen Völkerrechtsgerichtsbarkeit und zur Autorität des Internationalen Gerichtshofs, als zentrale Instanz zur Auslegung und Durchsetzung der Genozidkonvention wegweisend sein.

Als GRÜNE JUGEND schauen wir kritisch auf die Zeit der grün-geführten Außenpolitik, die als Reaktion auf den Krieg in Gaza folgte. Insbesondere unter dem Blick der feministischen Außenpolitik hätten wir früher Position beziehen müssen und entsprechend handeln müssen, als immer klarer wurde, dass die militärischen Aktionen der israelischen Regierung womöglich nicht im Verhältnis zum Ziel der israelischen Selbstverteidigung standen.

Rückblickend hätten wir als Jugendverband auch stärker diese Positionen gegenüber Bündnis 90/Die Grünen vertreten müssen und uns stärker für ein kritisches Hinterfragen der grünen Außenpolitik einsetzen müssen. Auch heute sehen wir es als Aufgabe der GRÜNEN JUGEND, Einfluss auf die Außenpolitik der Grünen auszuüben.

Die Grünen müssen ihre Verantwortung in Parlamenten, Regierungen und auf europäischer Ebene nutzen, um sich aktiv für einen gerechten Frieden, die Achtung eines gerechten Völkerrechts, die universelle Geltung der Menschenrechte, den Kampf gegen Antisemitismus sowie Rassismus und echte internationale Solidarität einzusetzen.

Die humanitäre Lage in Palästina

Seit Oktober 2023 hat sich die Situation in Gaza zu einer gravierenden humanitären Katastrophe entwickelt. Die Zivilbevölkerung ist in weiten Teilen Opfer von Aushungerung, massiver Unterernährung und der Zerstörung grundlegender Versorgungsstrukturen betroffen. Besonders Kinder leiden unter akuter Mangelernährung, Dehydrierung und Krankheiten, die unter normalen Bedingungen behandelbar wären, im aktuellen Kontext jedoch häufig lebensbedrohlich werden. Der Zugang zu Nahrung, sauberem Wasser, Energie und medizinischer Versorgung ist in großen Teilen des Gebiets nicht mehr gewährleistet.

Die humanitäre Krise wird durch die anhaltenden Einschränkungen und Verzögerungen bei Hilfslieferungen sowie die weitreichende Zerstörung ziviler Infrastruktur gezielt

weiter verschärft. Hilfsorganisationen warnen seit Monaten vor gezielter und systematischer Aushungerung der Bevölkerung durch die systematische Blockade von Hilfslieferungen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass die Beschränkung humanitärer Hilfe in dieser Form mit den Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts unvereinbar ist, das den Schutz der Zivilbevölkerung und den ungehinderten Zugang zu lebensnotwendiger Hilfe klar vorschreibt. In der Konsequenz entsteht eine Situation, in der humanitäre Hilfe nicht ausreichend dort ankommt, wo sie dringend benötigt wird. Krankenhäuser, Schulen, Wohngebiete sowie Wasser- und Energieversorgungssysteme sind massiv beschädigt oder funktionsunfähig. Darum ist es zwingend notwendig, dass dort humanitäre Hilfe sichergestellt wird, die israelische Regierung die Blockade von Zufahrtswegen vollständig aufhebt und zivilgesellschaftliche Hilfsorganisationen ohne Kontakt zu Terrororganisationen mit Hilfsmitteln beliefert werden und ihre Arbeit gestärkt wird. Auch Angriffe auf Zivilist*innen, medizinisches Personal, humanitäre Helfer*innen und Journalist*innen sind dokumentiert. Die israelische Armee hat seit Oktober 2023 mehr als 220 Journalist*innen getötet und erlaubt unabhängigen Medien weiterhin keine unbegleitete Einreise nach Gaza. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass das IDF und die Israelische Regierung wiederholt über die Faktenlage vor Ort gelogen haben und nicht zur Aufklärung beitragen. Dadurch ist die Berichterstattung massiv eingeschränkt. Wir fordern die israelische Regierung dazu auf, dieses Einreiseverbot aufzuheben. 8

Die Situation palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen ist erschütternd. Es wird von körperlichen Misshandlungen in den Gefängnissen berichtet, massiven Einschränkungen von familiärem Besuch und rechtlichem Beistand, stark begrenztem Zugang zu Strom oder Wasser, Hunger sowie Schließungen von Krankenstationen. 9, 10 Im Oktober 2024 waren über 9.000 Palästinenser*innen in Haft in israelischen Gefängnissen. Fast die Hälfte der Häftlinge wurde in „Administrativhaft“ genommen, ohne Prozess und ohne Verteidigung. Im Jahr 2026 wurde in Israel ein Gesetz zur Ausweitung der Todesstrafe beschlossen, das insbesondere im Kontext militärischer Verfahren gegen Palästinenser*innen Anwendung finden kann. Als GRÜNE JUGEND verurteilen wir diese Entwicklung als schweren Rückschritt im internationalen Menschenrechtsschutz. Besonders problematisch ist dabei die Kombination aus militärischer Gerichtsbarkeit, politisch aufgeladenem Konfliktumfeld und struktureller Ungleichbehandlung, die das Risiko willkürlicher oder diskriminierender Urteile deutlich erhöht. Mit der Verabschiedung des Knesset-Gesetzes vom 30. März 2026 zur Erweiterung der Todesstrafe für politisch motivierte Tötungsdelikte wird eine rechtliche Zweiklassengesellschaft verankert. Die Todesstrafe findet in der Praxis ausschließlich auf die palästinensische Bevölkerung Anwendung: Vor den Militärgerichten im Westjordanland, die eine Verurteilungsquote von über 96 Prozent aufweisen, wird die Todesstrafe künftig automatisch als Regelstrafe verhängt. Die Vollstreckung muss innerhalb von 90 Tagen und ohne jede Möglichkeit einer Begnadigung erfolgen. Für israelische Siedler*innen hingegen gilt dieses Gesetz nicht, da sie in den besetzten Gebieten nicht der Militärjustiz unterstehen, sondern nach israelischem Zivilrecht behandelt werden. Aber auch die Existenz der Todesstrafe selbst verurteilen wir in allen Ländern weltweit aufs Schärfste.

Auch im Westjordanland hat sich die Lage weiter zugespitzt. Seit 2023 ist ein deutlicher Anstieg der Gewalt radikaler israelischer Siedlergruppen zu verzeichnen. Immer wieder kommt es zu Angriffen auf palästinensische Dörfer, Wohnhäuser, landwirtschaftliche Flächen und Zivilist*innen. In den letzten drei Jahren sind mehr als 1.200 Palästinenser*innen von israelischen Streitkräften oder Siedler*innen getötet worden. 11 Insbesondere ist die Gewaltausübung der IDF als äußerst

unverhältnismäßig und brutal zu benennen. Parallel dazu wird der Ausbau israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten, unterstützt durch die israelische Regierung, weiter vorangetrieben.

Die fortschreitende Siedlungsausweitung führt zu einer zunehmenden Fragmentierung des Gebiets, schränkt Bewegungsfreiheit für Palästinenser*innen massiv ein und verschärft soziale sowie wirtschaftliche Ungleichheiten. In Verbindung mit der Eskalation im Gazastreifen entsteht so eine Gesamtlage, in der sich militärische Gewalt, Besatzungspolitik und Siedler*innengewalt gegenseitig verstärken und die Perspektive auf eine nachhaltige politische Lösung weiter schwinden lassen.

Im besetzten Westjordanland und im annektierten Ostjerusalem verstößt Israel mit dem Bau von Sperranlagen und Siedlungen sowie der damit verbundenen Vertreibung palästinensischer Bewohner*innen und Bäuer*innen und der militärischen Gewalt gegen Zivilist*innen seit Jahrzehnten gegen das Völkerrecht. Die koloniale Praxis des Siedlungsbaus ist daher vollständig abzulehnen. Wir teilen die Einschätzung zahlreicher Expert*innen, dass diese Form der systematischen Diskriminierung Ähnlichkeiten zum völkerrechtlichen Tatbestand der Apartheid aufweist. Diese Einstufung der Situation als Apartheid ist dabei keine rein politische Rhetorik, sondern das Ergebnis detaillierter Auseinandersetzung mit der Situation. Diese Analyse erkennt in der systematischen Fragmentierung des palästinensischen Gebiets, der Einschränkung der Bewegungsfreiheit und der Duldung von Siedlergewalt ein strukturelles Unterdrückungssystem, das dem Völkerrecht widerspricht. Internationale Organisationen stufen die systematische Ungleichbehandlung der Palästinenser*innen im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem als Apartheid ein.

Die Frage, ob das Vorgehen des israelischen Militärs im Gazastreifen als Genozid einzuordnen ist, ist Teil einer internationalen juristischen aber auch politischen Debatte.

Wir als GRÜNE JUGEND sind kein juristisches Gremium, können und müssen uns aber an politischen Debatten beteiligen.

Das Vorgehen der israelischen Armee, auf Geheiß der rechtsextremen Regierung Israels, im Gazastreifen zeigt zentrale Kriterien des Völkermords gemäß der UN-Konvention auf: so beobachten wir unter anderem die systematische Tötung, massive Vertreibungen, die gezielte Vernichtung der zivilen Infrastruktur, die bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die Verhinderung humanitärer Hilfe. Das ist eine klare Überschreitung des Selbstverteidigungsrechts. Wir verurteilen das Vorgehen im Gazastreifen auf das Schärfste. Die Handlungen verletzen die universellen Menschenrechte und zerstören das Vertrauen in jene Rechtsinstitutionen, die den Schutz der Menschenrechte und damit der Zivilbevölkerung erst gewährleisten sollen.

Während das juristische Urteil des IGH abzuwarten ist, so schließt sich die GRÜNE JUGEND als politische Organisation der Auffassung von Expert*innen an, dass der israelische Staat im Gazastreifen einen Genozid an der palästinensischen Bevölkerung verübt. 12,13

Insgesamt verurteilen wir die Politik der rechtsextremen israelischen Regierung aufs Schärfste. Durch systematische Entrechtung, massive militärische Gewalt und die bewusste Blockade politischer Lösungen hat sie die Eskalation maßgeblich vorangetrieben und Perspektiven auf Frieden und Gerechtigkeit weiter zerstört.

Unsere Kritik richtet sich ausdrücklich gegen die Regierung und ihre Politik, nicht pauschal gegen die israelische Bevölkerung oder gegen den Staat Israel. Man kann beobachten, dass die Zivilgesellschaft in Israel gespalten ist: viele protestieren selbst seit Jahren entschlossen gegen diese Politik. Wir kritisieren den Teil der Zivilbevölkerung, der durch Wahlen die in Teilen rechtsextreme und menschenfeindliche Politik demokratisch legitimiert.

Als GRÜNE JUGEND verstehen wir uns als Teil einer Friedensbewegung, die aus der historischen Erfahrung gelernt hat, dass militärische Logiken, Besatzung, Terror und Gewalt keine nachhaltige Sicherheit schaffen können. Frieden entsteht nicht durch die Durchsetzung von Stärke im Sinne militärischer Überlegenheit, sondern durch die konsequente Bindung politischer Macht an Völkerrecht, Menschenrechte und demokratisch legitimierte internationale Institutionen sowie durch kollektive und solidarische globale Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse – die ersteres wiederum auch erst ermöglichen. Gerade diese institutionelle Durchsetzungskraft ist Voraussetzung dafür, dass internationales Recht nicht bloß Anspruch bleibt, sondern Wirkung entfalten kann.

Im Kontext des Israel-Palästina-Konflikts bedeutet das, sich klar gegen jede Form von Terror, Krieg und Vertreibung zu stellen und gleichzeitig den Schutz der Zivilbevölkerung auf allen Seiten ins Zentrum zu stellen. Eine internationalistische Friedenspolitik muss heute mehr sein als Appellpolitik.

Sie bedeutet konkret: die Stärkung internationaler Institutionen wie der Vereinten Nationen und des Internationalen Strafgerichtshofs, die Unterstützung ziviler Konfliktbearbeitung und humanitärer Hilfe sowie politischen Druck auf alle Akteure, die gegen das Völkerrecht arbeiten, zum Beispiel durch Sanktionen gegen diese Akteure. Konkret bedeutet dies auch die Teilaussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommen. Der beiderseitige Respekt für Menschenrechte und demokratische Prinzipien ist nach Artikel 2 des EU-Israel-Assoziierungsabkommens ein essenzieller Bestandteil der engen Kooperation zwischen Israel und den Ländern der Europäischen Union. Wir halten die Anwendung der Menschenrechtsklausel für notwendig. Die Bundesregierung sollte gemeinsames europäisches Vorgehen nicht länger blockieren und den Weg frei machen für eine Teilaussetzung des Abkommens, solange Israel seine völkerrechtlichen Verpflichtungen weiterhin nicht erfüllt. Davon unberührt bleiben müssen die Bereiche, die Brücken zur israelischen Zivilgesellschaft sind.

Zudem muss die Zusammenarbeit mit Lobbyorganisationen, die ausdrücklich die Interessen der israelischen Regierung vertreten oder von ihr finanziert werden, ausgesetzt werden.

Außerdem müssen wir solidarisch mit Friedens- und Menschenrechtsinitiativen in der Region stehen, in Israel, in Palästina und in der gesamten Region Westasiens, die trotz Krieg, Repression und Polarisierung weiterhin für Dialog, Gleichberechtigung und ein Ende der Gewalt eintreten.

Ein gerechter Frieden in Westasien kann weder durch militärische Eskalation noch durch Besatzung, Terror und kollektive Bestrafung erreicht werden, sondern nur auf Grundlage von Menschenrechten, Völkerrecht und gleicher Sicherheit für alle Menschen. Daraus leiten wir als GRÜNE JUGEND konkrete politische Forderungen ab, die auf eine langfristige friedliche Perspektive für Israelis und Palästinenser*innen

gleichermaßen zielen und eine langfristige Lösung, wie die Zweistaatenlösung, die die Selbstbestimmung von Palästinenser*innen und Israelis anstrebt. Deshalb fordern wir:

- Dass Waffenlieferungen ausgesetzt werden, solange die israelische Regierung Völkerrechtsverletzungen begeht. Nicht davon betroffen sind nicht-militärische Schutzgüter.
- Die entgültige Entwaffnung der Hamas und der Hisbollah sowie die Aufgabe der politischen Rollen in Gaza und im Libanon
- Die Anerkennung eines freien und unabhängigen palästinensischen Staates durch die deutsche Bundesregierung.
- Eine konsequente Ausrichtung deutscher und europäischer Außenpolitik, die sich insbesondere für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand sowie den ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung in allen betroffenen Gebieten einsetzt.
- Die endgültige Entwaffnung der Hamas und der Hisbollah sowie die Aufgabe der politischen Rollen in Gaza und im Libanon.
- Einen gerechten Friedensprozess, der das Recht auf palästinensische Selbstbestimmung vollumfänglich vollumfänglich und unter gleichberechtigter Beteiligung aller umsetzt. Außerdem die vollständige Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser*innen durch rechtstaatliche Institutionen, die weder durch Besatzung noch durch Terror beeinträchtigt werden und die Ablehnung jeglicher Pläne, die ohne deren gleichberechtigte Einbindung über ihre Zukunft entscheiden.
- Die sofortige Abschaffung der Todesstrafe als Mittel der israelischen Strafverfolgung, die Freilassung aller willkürlich inhaftierten palästinensischen Gefangenen und eine unabhängige Untersuchung der Berichte über Folter und Misshandlungen in israelischen Haftanstalten.
- Die Anerkennung und Einhaltung der Entscheidungen des IGH und des IStGH, einschließlich der Haftbefehle und Sanktionen u.a. gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu, ehemaligen Verteidigungsminister Joaw Galant, Finanzminister Bezalel Smotritsch und Hamas-Führungspersonen, wie z.B. Al-Masri.
- Sanktionen der Bundesregierung gegen hohe Funktionär*innen der israelischen Regierung, insbesondere gegen den Polizeiminister Itamar Ben-Gvir, ein EU-Importverbot von Waren aus illegalen Siedlungen, sowie Sanktionen gegen radikale Siedler*innen, denen schwere Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen werden können, wie das Einfrieren von Vermögenswerten, der Ausschluss von finanziellen

Transaktionen und die Unterbindung geschäftlicher Aktivitäten mit europäischen Unternehmen und personenbezogene Einreiseverbote.

- Ein Ende des iranischen Atomprogramms, sowie ein Ende der Finanzierung islamistischer Terrororganisationen durch die islamische Republik.
- Den Schutz der Versammlungs- und Meinungsfreiheit und die Beendigung der pauschalen Kriminalisierung palästinastolidarischer Proteste in Deutschland.
- Den ungehinderte, bedarfsgerechte und transparente Zugang zu humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza.
- Das Ende der Siedler*innengewalt und der völkerrechtswidrigen israelischen Besatzung des Westjordanlands, Ostjerusalems und Gaza. Darunter zählt der vollständige Rückbau aller völkerrechtswidrigen Siedlungen im Westjordanland und Ostjerusalem. Außerdem fordern wir den sofortigen Rückzug aus den völkerrechtswidrig besetzten Golanhöhen und UNDOF-Zone in Syrien und den Distrikten Tyros, Mardsch Uyun und Bint Jbeil im Libanon.
- Eine kritische Aufarbeitung antisemitischer Narrative in der gesamten Gesellschaft, aber auch innerhalb der internationalen Linken und Ausbau von Projekten in Deutschland zur Bekämpfung von Antisemitismus.
- Die Bekämpfung von Islamfeindlichkeit in europäischen Gesellschaften.
- Die Einführung eines Aufnahmeprogramms für besonders schutzbedürftige Menschen aus Israel und Palästina, insbesondere aus dem Gazastreifen, in Deutschland, gerade für Kinder, Verletzte und Traumatisierte.
- Unterstützung und Ausbau von Anlauf- und Beratungsstellen für Geflüchtete aus Kriegsgebieten, die therapeutische Dienste leisten oder weiterleiten können.
- Die Stärkung der politischen Opposition in der Region Westasien und auch die der zivilgesellschaftlichen Friedensakteur*innen dort aber auch, aber auch in Deutschland, die trotz Gewalt, Repression und Polarisierung weiterhin für Dialog, Gleichberechtigung und ein Ende der Gewalt arbeiten, sowie deren internationale Unterstützung und ihren Schutz.

Ziel und Anspruch unserer internationalistischen Politik ist eine internationale Ordnung, in der Sicherheit nicht über Profitinteressen organisiert wird, sondern über Diplomatie, zivile Konfliktlösung und gemeinsame Sicherheit für alle durch starke, gemeinsame Institutionen.

Quellen:

- 1: <https://www.mpg.de/25776334/gaza-studie-zeigt-beispiellose-verluste-an-menschenleben-und-lebenserwartung>
- 2: <https://www.zeit.de/news/2025-04/17/un-halbe-million-menschen-im-gazastreifen-vertrieben>
- 3: <https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2026/01/nakba-israelisch-arabischer-krieg-palaestina-katastrophe/seite-4>
- 4: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/321671/flucht-und-vertreibung-von-juden-aus-den-arabischen-laendern/>
- 5: <https://www.un.org/unispal/about-the-nakba/>
- 6: <https://www.spiegel.de/ausland/judenhass-antisemitismus-laut-bericht-weltweit-auf->

hoechststand-a-0f7190c8-f95c-4cf1-9adf-8f3dd8787a6a

7: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2025-06/antimuslimischer-rassismus-vorfaelle-anstieg-bericht-claim>

8: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/laender/177/israel>

9: <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/katastrophale-zustaende/>

10: <https://www.spiegel.de/ausland/israel-bericht-ueber-misshandlung-von-palaestinensischen-journalisten-in-haft-a-964e910a-c59a-4668-baf1-efd2ce74f776>

11: <https://www.zeit.de/news/2026-06/09/un-toedliche-siedler-gewalt-im-westjordanland-nimmt-zu>

12: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-09/un-kommission-wirft-israel-voelkermord-im-gazastreifen-vor-gxe>

13: <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session60/advance-version/a-hrc-60-crp-3.pdf>

14: <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/vg24k49324-vg-berlin-palaestina-kongress-betaetigungsverbot-demonstrationen>

15: <https://time.com/7357635/more-than-30000-killed-in-iran-say-senior-officials/>

Unser Antrag in einfacher Sprache:

Kein Frieden durch Krieg – Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina!

Wir sind die GRÜNE JUGEND.

Wir wollen Frieden.

Wir glauben: Krieg bringt keinen Frieden.

Wir wollen, dass alle Menschen in Israel und Palästina in Frieden leben können.

Wir sagen:

Wichtige Themen in der Politik sind Menschenrechte und Zusammenhalt zwischen Ländern.

Auch das Völkerrecht ist sehr wichtig.

Das Völkerrecht sind die wichtigsten Regeln für alle Länder auf der Welt.

Viele Menschen auf der ganzen Welt erleben gerade große Krisen.

Es gibt immer mehr Kriege und Streit.

Viele Länder rüsten auf und bauen ihr Militär aus.

Das finden wir nicht gut. Wir wollen lieber, dass alle Menschen sicher und frei leben können.

Was bedeutet das für Israel und Palästina?

Wir sagen:

Jüdinnen*Juden und Israelis haben das Recht auf Sicherheit.

Auch Palästinenser*innen und Araber*innen haben das Recht auf Sicherheit.

Alle Menschen haben das Recht auf Schutz vor Krieg, Gewalt und Vertreibung.

Alle Menschen sollen selbst über ihr Leben bestimmen können.

Politik muss erkennen:

Viele Probleme kommen aus alten Ungerechtigkeiten.

Man darf nicht vergessen, was früher passiert ist.

Und man darf nicht dieselben Fehler wiederholen.

Internationale Politik ist oft kompliziert.

Manche Länder haben mehr Macht als andere.

Große Unternehmen und Regierungen arbeiten oft zusammen.
Sie suchen nach Macht, Rohstoffen und Geld.
Manche Kriege sind deshalb kein Zufall, sondern entstehen aus Streit um Macht und Geld.

Diese Art Politik bringt Leid, Armut und Tod.
Wir sagen: Profite und Geld dürfen nicht wichtiger sein als Menschenleben.
Solange mit Kriegen Geld verdient wird, wird es immer wieder Kriege geben.

Unsere Forderung:
Starke internationale Regeln und Organisationen!
Menschenrechte überall und für alle!

Wir lehnen Wörter ab, die nur aus der Sicht von Europa kommen.
Zum Beispiel sagt man oft „Nahe Osten“.
Das Wort ist nicht neutral.
Wir sagen lieber Westasien oder nennen die Orte genau: Westjordanland, Israel, Gaza, Palästina, Iran, Jemen, Libanon.

Der Krieg im Gazastreifen ist schrecklich.
Es gab sehr viel Gewalt.
Viele Menschen wurden verletzt oder getötet.
Viele Menschen haben ihr Zuhause verloren.

Wir sehen Antisemitismus und Rassismus.
Antisemitismus ist Hass auf jüdische Menschen.
Auch Muslim*innen und Palästinenser*innen erleben viel Rassismus.
Beides ist falsch. Jeder Mensch muss sicher leben können.

Wir möchten, dass niemand schlechter behandelt wird,
egal ob aus Israel oder Palästina.

Wir wollen, dass alle ihre Meinung sagen dürfen.
Auch Demonstrationen sind ein Recht für alle.

Deutschland hat eine besondere Verantwortung.
In der Zeit des Nationalsozialismus wurden sehr viele Jüdinnen*Juden verfolgt und ermordet. Deshalb muss Deutschland jüdisches Leben besonders schützen.

Wir sagen:
Israel soll weiter als Staat existieren.
Palästina soll auch ein eigener Staat werden.
Frieden gelingt nur mit gleichen Rechten für alle.

Der 7. Oktober 2023 war ein sehr schlimmer Tag.
Die Hamas, eine Terrorgruppe, hat viele Menschen in Israel getötet und entführt.
Es gab Folter, Vergewaltigung und viel Leid.
Das hat viele Menschen sehr traurig und wütend gemacht.
Seitdem ist Krieg.

Durch die Angriffe und Gegenangriffe gibt es viele Tote auf beiden Seiten.

Im Gazastreifen haben sehr viele unschuldige Menschen alles verloren.
Viele sind krank, hungrig oder auf der Flucht.
Krankenhäuser und Schulen sind zerstört.
Helfer*innen und Journalist*innen sind in Gefahr.

Die Gewalt muss aufhören.
Staaten und Organisationen müssen sich an Regeln halten.
Alle müssen die Menschenrechte achten.

Wir fordern:

- Sofort einen Waffenstillstand
- Humanitäre Hilfe für alle Menschen in Gaza
- Die deutsche Regierung muss beide Staaten, Israel und Palästina, anerkennen
- Keine Waffen mehr liefern, wenn das Völkerrecht gebrochen wird
- Keine Todesstrafe
- Schutz für alle Demonstrierenden
- Alle dürfen friedlich protestieren
- Hilfe für alle Menschen, die vor Krieg fliehen, zum Beispiel Aufnahme in Deutschland
- Sanktionen gegen Politiker, die absichtlich Menschenrechte verletzen

Wir wollen Teil der Friedensbewegung sein.
Wir wollen, dass sich niemand mehr über andere Menschen stellt.
Alle sind gleich viel wert.

Unser Ziel ist:
Frieden, gerecht für alle Menschen,
mit Freiheit, Hilfe und Respekt vor den Menschenrechten.

Frieden kann nur ohne Gewalt und Hass entstehen.

Dieser Text wurde mithilfe der KI der Website <https://einfachesprache.xyz> übersetzt.

Begründung

erfolgt mündlich

Globalalternative gemeinsam gestellt mit Annika Randzio